

ES IST NICHTS ZU TEUER, WAS DAS DEKORUM DER PRÄSIDENTIN WEITHIN ERSTRAHLEN LÄSST.



**QUERGEDACHT**  
DI DR. KLAUS WOLTRON

## VON DER LEYEN IM AUGE DER JUSTIZ

Die Europäische Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen ihres Impfstoffdeals aufgenommen. Bei der EU-Wahl im Juni droht das Urteil der Wähler. Die Rechnung für eine Bilanz des Versagens.

**D**ie EU-Wahl im Juni wird zum Urteil von 359 Millionen Europäern über fünf Jahre Tätigkeit der Obrigkeiten in Brüssel. Die Bilanz (s. weiter unten) ist blutrot. Wäre ich Frau von der Leyen oder Otmar Karas, der erste von unzähligen Stellvertretern der Vorsitzenden des EU-Parlaments, würden meine Knie schlottern und die Eingeweide nahe am Ausfall gluckern. Vor

dem Hintergrund des ungeheuren Sendungsbewusstseins, welches deren selbstgerechte Seelen erfüllt, ist diese Einschätzung allerdings unrichtig: Die Herrschaften suhlen sich, Tausende Kilometer vom Bürger entfernt, im Gefühl der Unangreifbarkeit. Ein jüngstes Beispiel scheint nur die Spitze des Brüsseler Eisbergs darzustellen.

„Der größte Korruptionsskandal der Geschichte“. So titelte

das deutsche Magazin „Cicero“ am 16. Mai 2023. Ahnte man den 10 Milliarden Euro schweren Benko-Skandal? Mitnichten: Es wurde ein beispielloses Geschehen im Zuge der Impfstoffbeschaffung der EU – mit einem viel größerem Umfang (35 Mrd. Euro) – geschildert. Dies führt zu Untersuchungen der Macheschaften zwischen Ratspräsidentin Ursula von der Leyen und dem Chef des US-Konzerns Pfi-

zer, Albertos Bourla. Die Europäische Staatsanwaltschaft (EP-PO) nahm sich jüngst der Sache an. Was steckt dahinter?

#### IMPfstoff-MILLIARDENDEAL PER SMS

Ende 2020 beschlossen die EU-Mitgliedsstaaten, gemeinsam Impfstoff für die Bekämpfung des Covid-Virus einzukaufen. Man konzentrierte sich auf den US-Konzern Pfizer mit BioNTech. Frau von der Leyen (65) persönlich übernahm die Verhandlungsführung; eine Ermächtigung dafür hatte sie aber nicht. Die Vertragsbedingungen für die Lieferung von 1,8 Milliarden Impfstoffdosen wurden auf ungewöhnlichem Weg per SMS direkt zwischen von der Leyen und Bourla ausgekurgelt: Wie sich später herausstellte, zu haarsträubend nachteiligen Bedingungen für die EU. Der Deal wurde vorerst dennoch als Triumph der Kommissionschefin gefeiert. Pfizer lieferte vertragsgemäß so viel Impfstoff,

#### FÜRSTLICHE GNADEN ZU BRÜSSEL. Wurde die EU-Präsidentin Opfer ihrer eigenen Ruhmsucht?

dass allein 2023 Dosen im Wert von mindestens 4 Milliarden Euro wieder vernichtet werden mussten. Unterdessen stieg der Preis trotz der hohen Abnahmemenge um satte 25 Prozent – allen wirtschaftlichen Prinzipien Hohn sprechend. Mehrfache Aufforderungen, den folgen-schweren Nachrichten-Austausch zu veröffentlichen, wurden von der Kommission abgeschmettert: Die ominösen SMS zwischen den Brieffreunden Ursula und Albertos blieben unter Verschluss bzw. wurden laut Mutmaßungen sogar vernichtet.

#### 320 MIO. FINANZHILFEN FÜR DEN HERRN GEMAHL?

Als pikantes Detail, nicht ganz am Rande, ist zu erwähnen, dass der Ehemann der Präsidentin, Heiko von der Leyen, damals als Direktor von Orgenesis wirkte. Diese spielte bei der Impfkampagne der EU ebenfalls eine Rolle (Orgenesis und Pfizer haben mit der Vanguard Group u. a. denselben Aktionär). Im Jahr 2022 gewährte die Kommission Orgenesis Finanzhilfen in Höhe von 320 Mio. Euro. Leyens Gemahl trat in der Folge zurück. (Für alle Genannten gilt die Unschuldsumutung.)

Der Verdacht liegt nahe, dass die überstürzte Aktion zu einem guten Teil von der Ruhmsucht der EU-Präsidentin ausgelöst wurde. Dasselbe war beim eilig zusammengeschusterten „Green Deal“ und den milliardenteuren Abkommen mit Tunesien und Ägypten zur (erfolglosen) Eindämmung des Migrationsstroms zu beobachten. In all diesen Fällen tat sich VDL mit bombastischen Ankündigungen hervor, die sich später als revisionsbedürftig, unwirksam oder gar schädlich entpuppten. Es ist nichts zu teuer, was ihr Dekorament weithin erstrahlen lässt. Die Präsidentin hegt auch eine auffällige Neigung für US-Interessen und NATO-Forderungen, beispielsweise nach weiteren 100 Mrd. Waffenhilfe für die Ukraine. Ähnlich wie die Staatschefs als Filialleiter der EU agieren, tritt

sie als Sachwalterin Washingtons in Brüssel auf.

Die Wahl im Juni könnte diesmal von verärgerten Bürgern als Möglichkeit genützt werden, Ihrer Fürstlichen Gnaden zu Brüssel einen gewaltigen Schuss vor den Bug zu verpassen. Deren Lohnschreiber werden zwar europaweit wie gewohnt in weihelvolles Jubelgesäusel verfallen. Was aber ist von den hehren Zielen des Maastrichter Vertrages tatsächlich übrig geblieben? Die geschilderte Affäre reiht sich trefflich in die Geschichte gebrochener Versprechen, Verträge, von Betrug, Pleiten und Pannen der Brüsseler Kamarilla ein.

☞ Die EU-Kommission unter Präsident Santer musste 1999 geschlossen zurücktreten, nachdem ihr Postenschacher vorgeworfen wurde.

☞ Verträge, kein Kapital von einem Staat zum anderen zu verteilen (Bailout-Klausel) wurden unzählige Male gebrochen. Mittlerweile verschuldet die EU ihre Mitgliedsstaaten sogar mit direkten Anleihen.

☞ Alle bombastischen Ankündigungen, die Zuwanderung zu stoppen, erwiesen sich als irrig. Viele Regulative der EU begünstigen indessen die Migration.

☞ Die Bürokratie ist ungeheuer aufgebläht: In Brüssel arbeiten etwa 45.000 Menschen für unzählige Institutionen.

☞ Schätzungsweise 25.000 Lobbyisten mit einem Jahresbudget von 1,5 Mrd. Euro beschwätzen die EU-Mitarbeiter.

☞ Die Ukraine wurde mit bisher über 90 Mrd. Euro (wahrscheinlich viel mehr) unterstützt, der Erfolg ist ähnlich fraglich wie die Geldflüsse.

All das Blaue, das uns 1994 vorgegaukelt wurde, hat sich in panischen Schrecken vor dem Vormarsch der Blauen verwandelt. Wäre es nicht angebracht, anstatt den Aufstand der Bürger als Rechtsruck zu verdammen, sich wirksam mit dessen Ursachen zu befassen? Jetzt, drei Monate vor der Urteilsverkündung, ist es dafür freilich zu spät: Der Wähler hat das Wort. ■